

ANTRAG IM HAUPTAUSSCHUSS: Flensburgs Politik will bei Wirtschaftsfragen stärker eingebunden werden

In einem Antrag fordern CDU und FDP, dass dem Hauptausschuss eine direkte Wirtschaftskompetenz zugeschrieben wird.

von Annika Kühl
03. September 2020, 11:39 Uhr

Flensburg | Der Niedergang Karstadt's, die Querelen um die Erweiterung der FFG und die Leerstände in der Innenstadt hinterlassen offenbar Spuren in der Flensburger Kommunalpolitik. „In der Vergangenheit haben wir es zu oft erlebt, dass Betriebe Flensburg verlassen, den Standort aufgeben oder sie von der Stadt enttäuscht werden“, heißt es in einer Pressemitteilung der CDU-Fraktion.

Weiterlesen: Diskussion um Waldrodung für Panzerbau – FFG droht, Produktion zu verlagern

Und weiter: „Flensburgs Wirtschaft entfaltet nach Auffassung der CDU-Ratsfraktion bei weitem nicht die Dynamik, die einer Stadt auf der Schwelle zur Großstadt zukommen sollte.“

Die CDU sieht Handlungsbedarf und fordert deshalb zusammen mit der FDP, dass dem Hauptausschuss explizit eine Wirtschaftskompetenz zugewiesen und dieser in 'Haupt- und Wirtschaftsausschuss' umbenannt wird – „als Mahnung an die politisch Verantwortlichen, sich dieser elementaren Aufgabe zu widmen“, so Arne Rüstemeier, CDU-Fraktionsvorsitzender in der Mitteilung. Einen entsprechenden Antrag brachte seine Fraktion in den Hauptausschuss ein. Rüstemeier fordert:

„Die Wahrnehmung der für die Stadt wesentlichen Aufgabe der Wirtschaftsförderung muss geschärft werden. Flensburg muss wieder für an- und umsiedlungswillige Betriebe attraktiver werden.“

Bislang wird dem Hauptausschuss beispielsweise über neue Ansiedlungen nur Bericht erstattet. Christoph Anastasiadis, Fraktionsvorsitzender der FDP, würde sich aber ein proaktiveres Vorgehen wünschen, um „Arbeitsprozesse mitzugestalten“, so Anastasiadis. Die Wirtschaft sei schließlich kommunaler Handlungsschwerpunkt. Dafür brauche es nicht nur ein Signal nach außen, dass es dafür auch eine politische Zuständigkeit gebe, sondern auch Pläne, wie die Kommunalpolitik die Wirtschaft in Flensburg mitgestalten wolle.

Auch Fabian Geyer, Vorsitzender des Arbeitgeberverbandes, sieht in dem Antrag einen „guten Vorstoß in die richtige Richtung.“ Man habe seit Jahren die Empfindung, dass die Wirtschaftskompetenz in der Stadt nicht besonders ausgebildet sei und man „aus Sicht der Wirtschaft schwer durchkommt mit Argumenten.“ Die Geschehnisse um die Erweiterungspläne der FFG bezeichnet er als „Vollkatastrophe“. Geyer betont zudem:

„Für mich ist der einzige Souverän in der Stadt die Kommunalpolitik und nicht die Verwaltung. Dazu gehört auch, dass die wirtschaftliche Entwicklung ganz nach oben auf die Agenda kommt.“

Weiterer Gesprächsbedarf

Von den anderen Fraktionen erntet der Vorstoß zwar grundsätzliche Sympathie, aber auch Kritik: Justus Klebe von der SPD spricht von einem „absoluten Schnellschuss“ mit „guter Überschrift, aber mittelmäßigem Inhalt“. Man müsse sich noch einmal zusammensetzen und intensiv darüber sprechen, in welcher Form und welchen Formaten man sich mit dem Thema auseinandersetzen wolle, so Klebe.

„Grundsätzlich kann das eine gute Idee sein“, findet auch Edgar Möller (SSW). In der genauen Ausgestaltung sieht der Ratsherr jedoch ebenfalls noch Verbesserungsbedarf: „Wir haben nicht verstanden, was mit dem Antrag genau verbessert werden soll“, so Möller. Auch von den Grünen gibt es Zuspruch: Wir finden, dass das ein guter Antrag ist, aber etwas verkürzt. Wir müssen inhaltlich mehr darüber reden, wie wir uns damit auseinandersetzen können“, so der Fraktionsvorsitzende Clemens Schmidt. Es müsse beispielsweise unbedingt vermieden werden, dass der Hauptausschuss als zusätzliches Gremium in der Beratungskette Prozesse verlangsamt.

Die Fraktionen entschieden sich für eine erste Lesung und wollen nun mit Akteuren aus Wirtschaft und Verwaltung zusammenkommen, bevor in vier Wochen noch einmal über den Antrag beraten wird.